

NEIN ZUM STEURPAKET DES BUNDES

Mit dem Kantonsreferendum gegen dieses Steuerpaket, welches 11 Kantone (8 wären nötig gewesen) ergriffen haben, wird in der Schweiz politisches Neuland beschritten und müsste uns schon deshalb aufhorchen lassen. Wenn das Bundesparlament sich äusserst fragwürdig, wenn nicht gar verfassungswidrig in die Steuerhoheit der Kantone einmischt, muss diese Referendums- Reaktion der Kantone durchaus als Alarmzeichen verstanden werden und uns mehr als nachdenklich stimmen.

Die Kantone und Gemeinden können sich diese zusätzlichen Steuerausfälle, die der Bund mit diesem Steuerpaket aufdiktiert, gar nicht leisten und bezahlen. Sie, die sich bemühten, in der Vergangenheit ihre Finanzen einigermaßen in den Griff zu bekommen und dies teilweise unter schmerzhaften Eingriffen auch vorgenommen haben, müssten zwangsläufig ihre Steuern und Abgaben erhöhen. Dies, weil es an den kantonalen Budgets längst kein Fett mehr gibt, was weg geschnitten werden könnte, ohne die Substanz der notwenigen kantonalen Leistungen auf unverantwortliche Art und Weise zu gefährden. Bei einer Annahme dieses „Sparpaketes“ vom Bund, würden wir alle diese ungerechten Steuergeschenke an die Reichen teuer bezahlen. Diese Politik der leeren Kassen führt direkt zu Leistungs- und Qualitätsabbau, schafft weitere unsoziale Ungerechtigkeiten und treibt die Kantone, die Gemeinden und Städte und somit uns alle direkt in eine neue Schuldenfalle.

Steuerpflichtige mit einem Bruttoeinkommen von über 230`000 Franken im Jahr werden gemäss diesem Paket auf der Steuerrechnung um 7`500 Franken entlastet. Der Mittelstand mit Einkommen zwischen 60`000 und 120`000 Franken hingegen bekäme im Schnitt bloss 200 Franken Rabatt. Meine Vorstellung bezüglich Ausgewogenheit sieht anders aus, wenn mehr als die Hälfte aller Haushalte von dieser Vorlage nichts, oder weniger als 60 Franken profitieren können. Steuergeschenke gibt es vor allem für jetzt schon reiche Ehepaare und Villenbesitzer. Kurt Flury, FDP Nationalrat und Stadtpräsident von Solothurn zeigte auf, dass das Paket zum Beispiel dem Kanton Zürich fast eine halbe Milliarde Franken Steuerausfälle zu Gunsten einer kleinen Minderheit von Begüterten beschern würde. Bern müsste auf 337 und Basel auf 149 Millionen Einnahmen verzichten.

Das Steuerpaket wird den Kanton Aargau jährlich mit zusätzlichen 190 Millionen Franken Einnahmenausfällen belasten. Davon entfallen 110 Millionen auf den Kanton und 80 Millionen auf unsere Gemeinden. Nach dem unser Kanton bereits ein „Entlastungsprogramm“ von 787 Millionen Franken zu verkraften hat welches mit massiven Einschnitten für uns alle daher kommt und uns auch noch eine kantonale Ausgaben- und Schuldenbremse droht, welche dem aargauischen Haushalt weitere 20 Millionen Franken im Jahr entziehen wird, wäre es schlichtweg katastrophal, diese zusätzliche Last des Steuerpaketes des Bundes, auch noch tragen zu müssen.

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagen sie deshalb am 16. Mai 2004
NEIN zu diesem Steuerpaket, welches die Kantone, die Gemeinden und die
Städte finanziell aushöhlen würde.

Roland Agustoni

Grossrat

Magden